

Deutschland braucht wettbewerbsfähige und verantwortungsvolle Banken

Ullrich Grillo,

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

Impulsvortrag bei REFLEXIONEN – Deutschland-Dialog der privaten Banken am 4. Dezember 2013, im Allianz Forum, Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen, lieber Herr Fitschen, lieber Herr Kemmer, für die Einladung, der ich sehr gerne gefolgt bin: aus zwei, eigentlich aus drei Gründen:

Der eine Grund ist – eigentlich bin ich einer von Ihnen, denn immerhin bin ich Bankkaufmann. Ich habe von 1980 bis 1982 bei der Deutschen Bank eine Banklehre gemacht, einer damals wie heute sehr leistungsfähigen Universalbank.

Der zweite Grund ist meine Sympathie Ihnen gegenüber, Herr Fitschen. Ich habe großen Respekt vor Ihnen, wie Sie zwei harte Jobs erledigen, als Co-CEO der Deutschen Bank und als Bankenpräsident. Wenn ich das mit mir als Unternehmer und BDI-Präsident vergleiche, ist das was ich mache ein Kinderspiel, eigentlich vergnügungssteuerpflichtig. Der dritte Grund ist natürlich das Thema.

Ich freue mich sehr, mit Ihnen in einen kritischen Diskurs über die künftige Rolle der Banken zu treten – über die Rolle der Banken als unverzichtbarer Finanzdienstleister auch und insbesondere für die deutsche Industrie.

Seit der Finanzkrise 2008 ist nichts mehr so, wie es einmal war. Begriffe wie „Bad Bank“ machen die Runde. Banken werden mit Spielcasinos verglichen. Der Reputationsverlust ist erlebbar und es wird lange dauern, eine veränderte Wahrnehmung zu schaffen.

Auch im jüngsten Allensbacher Ranking zum Berufsprestige kann man die Folgen der Krise klar erkennen: Der Banker rangiert auf dem letzten Platz, hinter Fernsehmoderatoren und Politikern! Dem realwirtschaftlichen Unternehmer ergeht es zwar etwas besser. Er belegt einen Platz im Mittelfeld. Aber mit Ärzten, Krankenschwestern und Polizisten können wir es alle zusammen nicht aufnehmen.

Es ist Vertrauen verloren gegangen; Vertrauen zwischen Wirtschaft, Politik und Bürgern. Insgesamt ist das natürlich eine betrübliche Entwicklung. Banken standen früher bei den Bürgern hoch im Kurs. „Er ist eine Bank“, heißt es von Fußballern, auf die man sich stets verlassen kann. Vertrauen, Seriosität, Verlässlichkeit – das waren die Werte, die mit Bankern und Bankangestellten in Verbindung gebracht wurden. Das hat sich leider geändert.

Ich begrüße vor diesem Hintergrund, die noch sehr junge Veranstaltungsreihe, die der Bankenverband ins Leben gerufen hat, denn ich bin davon überzeugt: In einen Dialog einzutreten, ist der beste Weg, um verlorengegangenes Vertrauen wiederzuerlangen und neues Vertrauen aufzubauen.

Meine Damen und Herren,
nicht nur das Vertrauen der Bürger, sondern auch das Vertrauen der Firmenkundschaft hat durch manche Missstände und Fehlentwicklungen im Banken- und Finanzsystem arg gelitten.

Risiko und Haftung, zwei Wort-Indizes der Bankenwelt, hatten sich in der Krise zeitweilig voneinander entfernt; Sie müssen wieder in

Einklang gebracht werden. Das ist und bleibt die Grundlage für künftiges Handeln. Ein probates Leitbild hierbei sind sicher die Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft, die sich bewährt haben. Banken und Finanzmärkte dienen ja keinem Selbstzweck. Sie sind in erster Linie Dienstleister der Realwirtschaft. Und die meisten Banken haben ja bereits die richtigen Lehren aus der Krise gezogen. Sie haben ihr Geschäftsmodell „re-kalibriert“: Eigenkapital und Liquiditätspuffer wurden erhöht, Risiken und Verschuldung abgebaut. Dies schafft aus meiner Sicht eine gute Basis zur Rückgewinnung des Vertrauens der Firmenkundschaft.

Das ist sicherlich notwendig. Denn gerade die deutsche Industrie hat durchaus hohe Erwartungen an die Banken. Deutschland ist, wie kaum ein anderes Land, in die internationale Arbeitsteilung eingebunden und erwirtschaftet seine Wertschöpfung vor allem im globalen Innovations- und Standortwettbewerb. Zur Sicherung der Investitions-, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist eine reibungslose Finanzierung essenziell. Dafür brauchen wir Sie, die Banken.

Zwei Dinge stehen dabei im Mittelpunkt:

- **Erstens** brauchen wir **leistungsstarke und wettbewerbsfähige Banken**, die uns auf den Weltmärkten begleiten und zugleich stark im Heimatmarkt sind.
- **Zweitens** brauchen wir aber auch **verantwortungsvolle Banken**, die der Realwirtschaft als verlässlicher Partner auch in schwierigen Situationen zur Seite stehen.

Banken- und Finanztransaktionen ohne realwirtschaftliche Grundlage, ohne Wertschöpfung zu Lasten Dritter sollten jedenfalls der Vergangenheit angehören. Maßstab des Bankenhandelns sollten die langfristigen Wachstumsperspektiven unserer Volkswirtschaft sein. So wie verantwortungsvolle Unternehmer und Bankiers es über Generationen immer selbstverständlich gehandhabt haben.

Um die Chancen der Globalisierung bei Beschaffung, Produktion und Absatz umfänglich nutzen zu können, benötigen die Unternehmen die professionelle Unterstützung ihrer Bankpartner und maßgeschneiderte Finanzmarktprodukte: Sie brauchen ein breites Produkt- und Dienstleistungsspektrum

- zur Finanzierung von Wachstum, Exporten und Auslandsinvestitionen,
- zur Beratung und finanziellen Begleitung bei M&A-Transaktionen sowie
- zur Risikoabsicherung.

Der allgegenwärtige Infrastrukturbedarf, nicht zuletzt durch die Energiewende, verlangt den Einsatz hoher Finanzmittel – auch jenseits klassischer Bankkredite.

Um es an dieser Stelle deshalb klar zu sagen: Zu Unrecht wird das Investment-Banking als Synonym für die Banken- und Finanzkrise **pauschal** gescholten. Für Großunternehmen gehört ein breites Spektrum an Investmentbanking-Dienstleistungen seit jeher zum Finanzierungsalltag.

Auch für den industriellen Mittelstand ist das Investmentbanking mittlerweile zu einem festen Bestandteil von Unternehmensfinanzierung und Risikomanagement geworden.

Dies beginnt bei syndizierten Krediten und geht über Anleihen und Projektfinanzierungen bis hin zum Börsenlisting. Zudem nutzen immer mehr Unternehmen den Verbriefungsmarkt. So unterstützen beispielsweise „Auto-ABS, Aced Backed Securities“, den Fahrzeugabsatz der Automobilhersteller und stabilisieren weite Teile der automobilen Wertschöpfungskette.

Fast 80 Prozent – also vier von fünf – der deutschen Industrieunternehmen nutzen Derivate zur Absicherung von Wechselkurs-,

Zins- und Rohstoffpreisrisiken, wie eine Untersuchung des Deutschen Aktieninstituts -DAI- ergeben hat. Dieses breite Leistungsspektrum der Banken muss dauerhaft erhalten bleiben.

Sorge bereitet uns in diesem Zusammenhang der seit Ausbruch der Finanzkrise andauernde „Regulierungs-Marathon“ im Bankensektor, der auch auf die Realwirtschaft durchzuschlagen droht. Viele Unternehmen sind besorgt, dass sie die Zeche zahlen müssen für Fehler, die andere begangen haben. Klar ist: Damit Finanz- und Realwirtschaft gut miteinander funktionieren, und das ist wichtig, bedarf es richtiger ökonomischer Anreize und guter Regelwerke.

Essenziell sind wieder zwei Dinge:

- **Erstens:** dass Regulierungsmaßnahmen tatsächliche Missstände im Finanzsektor aufheben,
- **Zweitens:** dass bei Regulierungsmaßnahmen auch die Auswirkungen auf andere Bereiche berücksichtigt werden.

In der Praxis sieht das bisher leider anders aus. Aktionismus ist vielleicht das treffende Wort, das einige Ansätze zur Regulierung der Banken zutreffend beschreibt. Oder anders gesagt: Symbolpolitik zur Beruhigung der Beobachter, aber nicht der Märkte.

Es kann nicht angehen, wenn dadurch die Finanzierung von Investitionen unnötig verteuert oder sogar erheblich erschwert wird. Investitionen sind für Unternehmen lebensnotwendig. Und sie sind absolut notwendig für Wachstum und Wohlstand unserer Gesellschaft.

Es geht hierbei nicht allein um Basel III. Zu einem handfesten Problem für die Industrie könnten aber die kumulativen Auswirkungen der umfangreichen Regulierungsagenda werden. Das ist ein wenig so wie bei einem Schichtkuchen: Die einzelnen Lagen des Kuchens sind jeweils für sich genommen vielleicht noch zu

bewältigen, aber in Gänze liegt ein solcher Kuchen dann doch zu schwer im Magen.

Der langfristige Finanzierungsbedarf der deutschen und europäischen Wirtschaft ist jedenfalls immens. Zögen sich die Banken aufgrund der Fülle von Regulierungen aus der Langfristfinanzierung zurück, ginge das klar zu Lasten kapitalintensiver Vorhaben und dringend notwendiger Investitionen in Innovation.

So hat sich das bestimmt keiner gedacht. Tatsache aber ist: Die Banken- und Finanzmarktregulierung macht genau diese Fehler und nimmt zu wenig Rücksicht auf die Belange der Realwirtschaft.

Sorgen machen mir auch Bestrebungen in der Politik, das Handels- und Einlagengeschäft der Banken voneinander zu trennen. In Deutschland haben wir bereits erste entsprechende Regeln, auf europäischer Ebene könnte es sogar noch schlimmer kommen. Und daher sage ich laut und deutlich: Die Trennung ist falsch.

Eine funktionale Aufspaltung der Universalbanken ist ein schwerwiegender Eingriff in die Geschäftspolitik und Vertragsfreiheit der Banken, der aus meiner Sicht, nicht zu mehr Systemstabilität führt. Vielmehr ist zu befürchten, dass die Separierung des Handelsgeschäfts erhebliche Nachteile für die Finanzversorgung und das Risikomanagement der Realwirtschaft, für die ich spreche, nach sich zieht. Das bewährte Universalbankensystem, das ein Finanzdienstleistungsangebot „aus einer Hand“ gewährleistet, darf in seiner Substanz nicht gefährdet werden. Das ist die klare Position des BDI und seines Präsidenten, der in einer soliden Universalbank gelernt hat.

Alles in allem gilt: Wir brauchen nicht unbedingt mehr Regulierung, sondern wir brauchen eine passgenaue Regulierung. Und wir brauchen vor allem auch eine verantwortungsvolle und

widerspruchsfreie Regulierung, die den wohlverstandenen Interessen der Realwirtschaft ausreichend Rechnung trägt.

Ich kann Sie trösten: Dies ist kein exklusives Schicksal der Finanzwelt. Auch die Realwirtschaft spürt an vielen Stellen die hohe und belastende Widersprüchlichkeit von Regulierung. Laut neuem Koalitionsvertrag gibt es noch mehr Staat, noch mehr Regulierung und noch weniger freies Unternehmertum.

Natürlich sind die Banken für die Krise nicht allein verantwortlich. Wir müssen uns bei diesem Thema alle auch an die eigene Nase fassen. Denn auch Politik und Unternehmen glaubten beim Thema Bankenregulierung: „Weniger ist mehr“.

Gern vergessen wird auch, dass ursächlich für die Finanzkrise eigentlich eine Staatsschuldenkrise war, eine konsumfinanzierte durch überbordende Sozialsysteme in den USA, in Europa verursachte Staatsschuldenkrise, die dann zu einer Finanzkrise wurde.

Auch viele Unternehmen haben sich vom Rausch des billigen Geldes in die Irre führen lassen und fleißig im Casino mitgespielt. Heute wissen wir, das war ein Irrtum, so wie alles Überzogene falsch ist. Überzogene Deregulierung ist genauso falsch wie überzogene Regulierung. Und das ist in der Finanzwelt nicht anders als in der Unternehmenswelt.

Gerade in unruhigen Zeiten ist die Industrie doch der Stabilitätsanker für die gesamte Wirtschaft – durch unsere Innovationskraft und unsere Flexibilität. Das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Und: Eine starke Industrie braucht starke Banken. Keinem sollte daher daran gelegen sein, unsere Banken zu schwächen. Denn mit schwachen Banken könnten auch wir Unternehmen die Aufgaben der Zukunft nicht bewältigen.

„Wenn es den Banken schlechtgeht, kann es dem Land nicht gutgehen.“ Das hat Hilmar Kopper gesagt. Und es stimmt nach wie vor.

Meine Damen und Herren,
ein Höchstmaß an Umsicht ist auch bei der Euro-Rettungspolitik und den Plänen zur Schaffung einer Europäischen Bankenunion geboten. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise sind deutliche Anzeichen für eine Fragmentierung der Bankensysteme im Euroraum zu erkennen. Sie dauert bis heute an und beeinträchtigt den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen.

Der durch die Verknappung von Kapital und Liquidität der Banken erzwungene Deleveraging-Prozess hat in weiten Teilen Europas Spuren hinterlassen – nicht nur in den unmittelbar betroffenen Krisenländern. Auch die deutsche Industrie spürt das: Unsere Exporte in den europäischen Raum haben merklich an Dynamik verloren.

Trotz unbestrittener Fortschritte, die bei der Stabilisierung des Euroraums inzwischen erreicht wurden, sind die wirklichen Probleme noch nicht gelöst. Die Unternehmen – das weiß ich aus vielen Gesprächen und Begegnungen – betrachten die Lage an den Finanzmärkten nach wie vor mit großer Sorge. Die in ihrer Dimension einmaligen Euro-Rettungsmaßnahmen könnten die Leistungsfähigkeit der noch halbwegs gesunden Volkswirtschaften überstrapazieren. Es gibt sichtbare Risiken der „Überdehnung“.

Selbst wenn die Situation in der Eurozone immer wieder turbulent war, selbst wenn niemand einen Masterplan zur Lösung der Staatsschuldenkrise hat und auch selbst wenn die Politik in dieser Hinsicht viele Fragen noch beantworten muss – für uns als Industrie steht die gemeinsame Währung nicht zur Diskussion. Wir sagen Ja zum Euro. Ohne Wenn und Aber.

Deshalb ist der Umbau des Rahmenwerks für den Euro so wichtig. Die Schaffung einer Bankenunion – wenn sie richtig auf die Spur gebracht wird – kann dazu beitragen, den europäischen Ordnungsrahmen zu stärken und die Stabilität des Finanzsystems zu erhöhen.

Zentral ist neben der europäischen Bankenaufsicht ein einheitliches Instrument zur Abwicklung insolventer Banken. Ein effektiver Abwicklungsmechanismus könnte dazu beitragen, dem Haftungsprinzip wieder mehr und ausreichend Geltung zu verschaffen. Es passt nicht ins Bild, dass für Risiken der Banken ausschließlich der Steuerzahler haftet. Risiko und Haftung gehören zusammen. Ich habe es eingangs schon angesprochen.

Eine unmissverständliche Haftungsrangfolge würde das Nicht-Beistands-Prinzip unterstützen und die Marktdisziplin der Banken stärken.

Sicher, zentrale Abwägungsmechanismen können zwar Wettbewerbsverzerrungen verhindern und dem „home bias“ vorbeugen, aber sie können zugleich Fehlanreize der betreffenden Staaten begünstigen. Die Budgetsouveränität der Mitgliedstaaten muss beim gegenwärtigen Stand der Integration unbedingt erhalten bleiben.

Das Gleiche gilt auch für die Schaffung eines europäischen Abwicklungsfonds. Problematisch wäre es, wenn dadurch – quasi „durch die Hintertür“ – doch wieder die Steuerzahler in die Pflicht genommen würden. Meinem Verständnis von Subsidiarität entspricht das nicht.

Die Bankenunion ist zweifellos richtig und seit langem überfällig. Aber man sollte sich nichts vormachen. Mit ihr werden die tiefsitzenden Probleme der Krisenländer nicht gelöst. Solange die Wirtschaftspolitik in nationaler Hand liegt, haben die EU-Staaten

eine besondere Verantwortung, durch geeignete „Brandschutzmauern“ potenzielle systemische Risiken einzudämmen.

Von einem bin ich zutiefst überzeugt: Europa muss insgesamt wettbewerbsfähiger werden und seine Leistungskraft merklich erhöhen. Nur dann haben wir eine begründete Chance, die hartnäckige Finanz- und Schuldenkrise zu überwinden und sogar gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Realwirtschaft, insbesondere die Industrie, braucht leistungsstarke, wettbewerbsfähige und verantwortungsvolle Banken - Universalbanken - um in der Globalisierung bestehen zu können.

Investmentbanking ist unverzichtbar für die Entwicklung von Unternehmen. Verzichtbar ist kurzfristige Zockerei ohne wirkliche Wertschöpfung. Risiko und Haftung gehören zusammen.

Regulierung ist wichtig, aber sie muss angemessen sein. Über- oder Fehlregulierung schadet allen: Banken, Unternehmen und der Gesellschaft. Als Unternehmer sage ich, lieber etwas mehr Eigenkapital als Regulierung.

Wir müssen das europäische Haus weiterbauen, wir müssen es fertigbauen. Bankenunion und ein gemeinsames Verständnis von Wettbewerbsfähigkeit sind unverzichtbar.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur Vertrauenskrise sagen: Es ist viel Vertrauen verloren gegangen. Wir werden Jahre brauchen, um den verlorenen Kredit, und mit mir meine ich eindeutig die Finanz- und Realwirtschaft, um den verlorenen Kredit beim Bürger und der Politik wieder zu bekommen. Der aktuelle Weg, den die Politik einschlägt und den die Bürger offensichtlich gut heißen, ist eine Reaktion auf diesen Vertrauensverlust. Der Weg heißt mehr Staat, mehr Regulierung, weniger Marktwirtschaft oder wie es die

Neue Zürcher Zeitung unlängst überschrieb: „Die Verdichtung der Bevormundung“.

Seite
11 von 11

Die Finanzwelt muss intensiv daran arbeiten, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Aber nicht nur die Finanzwelt, auch die Unternehmen, die Industrie, sind von dieser Entwicklung bedroht und müssen hier mitwirken.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam an mehr Freiheit, an mehr sozialer Marktwirtschaft und weniger Bevormundung arbeiten. Dazu ist aber eines nötig, was immer mehr als nur ein Werbespruch sein muss: Vertrauen ist der Anfang von allem.

Vielen Dank